



Offroad: Politische Forderungen

- Es sollen klare, transparente und allgemein für die Schweiz gültige Strukturen und Gesetze geschaffen werden
- Der Vollzug sollte sichergestellt werden. Es sollen vermehrt Kontrollen durchgeführt werden.
- Für die Bewilligung von Rennen und Events soll ein Nachweis (z.B. UVP) über die Unbedenklichkeit des Standorts und des Anlasses in Bezug auf die Umwelt verlangt werden.
- Der Verkehr mit Offroad-Fahrzeugen soll von der Allgemeinheit nur auf den dafür vorgesehenen Flächen, den öffentlichen Strassen, erlaubt sein. Auto-Testgelände, ehemalige Militärareale, unbenutzte Flughäfen sowie Areale, auf denen öffentliche Fahrsicherheitstrainings durchgeführt werden, sollen von den Kantonen als Ausnahmestandorte für den Offroad-Verkehr bezeichnet werden.
- Privaten Landbesitzer sollen ihren Privatbesitz nicht für den Offroad-Verkehr zur Verfügung stellen dürfen.
- Für Rennen und Events aller Art sollen generelle, eidgenössische Bewilligungspflichten gelten. Bewilligungen zu Rennen, Events und den erforderlichen Trainings ausserhalb der erlaubten Flächen sollen nur für ganz bestimmte Strecken erteilt werden. Wesentlicher Bestandteil zur Erlangung solcher Bewilligungen soll ein Nachweis über die Unbedenklichkeit des Standorts und des Anlasses sein (z.B. UVP-Umweltverträglichkeitsprüfungen) bilden.
- Der Einsatz von Offroad-Fahrzeugen ausserhalb öffentlicher Strassen soll ausschliesslich nur für Personen (Bauern, Bergbahn- und Bergrestaurant-Betreiber, Förster, Waldarbeiter, etc.), die ihr Fahrzeug zu Arbeitszwecken einsetzen, erlaubt werden. Der Offroad-Verkehr in diesen Gebieten zu Fun- und Freizeitzwecken soll verhindert werden.
- Ökologische Interessen sind sozialen, ökonomischen oder touristischen Interessen vorzuziehen. Der Schutz unserer Umwelt, wichtiger Rückzugsgebiete für Tiere und Erholungsräume für Menschen soll im Vordergrund stehen und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung abseits von Masstourismus bekräftigen.